

Aktuelle Meldungen aus den Bereichen Steuerpolitik, Sozialpolitik, Arbeitspolitik, Europapolitik und Management. 31. Juli 2009

□ **Umfrage** | Die Stimmung der Führungskräfte vor der Bundestagswahl *mehr ...* □ **Finanzkrise** | Höhe Anforderungen an Aufsichtsräte in Banken und Versicherungen – Konsequenzen auch für die Mitbestimmung? *mehr ...* □ **Europa** | Informationsangebot des Europäischen Führungskräfteverbandes CEC – European Managers *mehr ...*

□ Umfrage

Die Stimmung der Führungskräfte vor der Bundestagswahl

Parteiprogramme im Test – Überraschung bei Sonntagsfrage

In einer Ende Juni 2009 durchgeführten Umfrage gaben 440 Teilnehmer des Umfragepanels »Manager Monitor« ihre Einschätzungen zu einer Auswahl von Aussagen aus den Forderungen aus den Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien sowie zu ihrer Parteipräferenz ab.

Sachthemen

Differenziert fällt das Bild aus, wenn die Teilnehmer einzelne Wahlkampforderungen der Parteien zu den Bereichen Arbeitspolitik, Steuerpolitik, Wirtschafts- und Standortpolitik, Sozialpolitik und Europapolitik beurteilen. Um das Antwortverhalten der Teilnehmer nicht zu verfälschen, wurden in der Umfrage

Einzelaussagen aus den Parteiprogrammen ohne Nennung der jeweiligen Quelle zur Bewertung gestellt. Die Auswahl der Forderungen ist nicht repräsentativ. Dementsprechend eignet sich die Auswertung auch nicht zu einer Überprüfung der logischen Konsistenz des eigenen Wahlverhaltens – wie dies etwa der »Wahl-O-Mat« der Bundeszentrale für politische Bildung für sich beansprucht.

Interessant sind die Einzelergebnisse dennoch. Es zeigt sich, dass auch die von Führungskräften derzeit nicht präferierten Parteien mit Einzelforderungen auf hohe Zustimmungsraten stoßen.

Steuerpolitik

Die eher moderaten Steuersenkungspläne von CDU/CSU werden fast einhellig positiv bewertet. Das viel weitergehende Modell der FDP bleibt deutlich dahinter zurück (50 Prozent positive Bewertungen). Immerhin 48 Prozent bewerten den grünen Vorschlag einer Finanzumsatzsteuer positiv. Mehrheitlich negativ bewertet werden hingegen die Vorschläge der SPD für eine Kappung des Ehegattensplittings (37 Prozent Zustimmung) oder das Modell der Linken für eine Sondersteuer auf Vermögen über einer Millionen Euro (39 Prozent).

Zustimmung (vollständig, überwiegend eher) zu steuerpolitischen Forderungen

Eingangsteuersatzes auf 12 Prozent absenken, Einkommensgrenze für Spitzensteuersatz von 52.500 auf 60.000 Euro anheben (CDU/CSU)

88 %

Kappung des Ehegattensplittings für höhere Einkünfte, Erhöhung des Kinderfreibetrags um 200 Euro pro Kind (SPD)

37 %

Übergang von einem linearen Steuertarif zu einem Stufentarif mit der Abstufung 10, 25 und 35 Prozent (FDP)

50 %

Einführung einer Finanzumsatzsteuer für nationale und internationale, börsliche und außerbörsliche Transaktionen (B'90/Die Grünen)

48 %

Sondersteuer von 5 Prozent auf Vermögen in Höhe von 1 Mio. Euro und mehr (Die Linke)

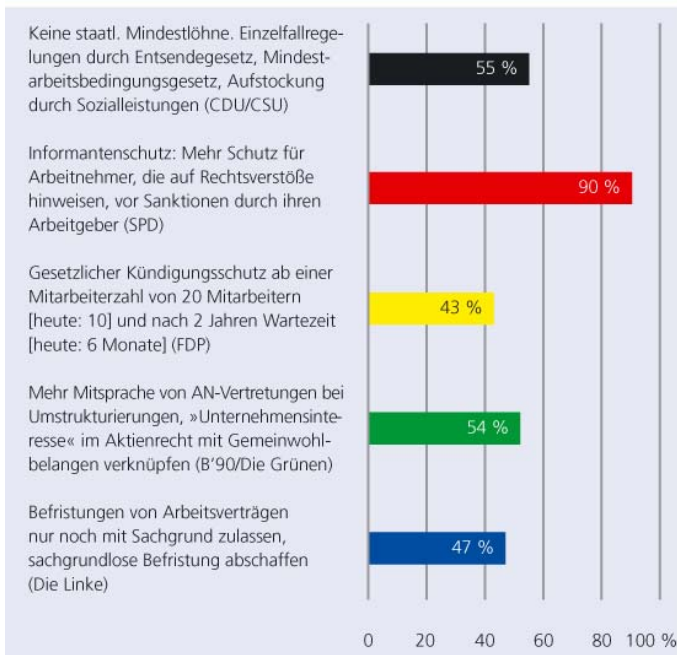
39 %

0 20 40 60 80 100 %

Arbeitspolitik

Der Vorschlag der SPD für einen Informantenschutz von Arbeitnehmern bei Rechtsverstößen des Arbeitgebers findet mit 90 Prozent eine überwältigende Zustimmung. Knapp mehrheitlich befürwortet werden das Modell von CDU/CSU zur Frage von Mindestlöhnen sowie die Überlegungen von Bündnis 90/Die Grünen zur Ausweitung von Mitspracherechten der Arbeitnehmervertretungen bei Umstrukturierungen. Keine Mehrheit finden hingegen die Vorschläge der FDP für höhere Schwellenwerte beim gesetzlichen Kündigungsschutz sowie der Linken für eine Abschaffung der sachgrundlosen Befristung.

Zustimmung (vollständig, überwiegend eher) zu arbeitspolitischen Forderungen

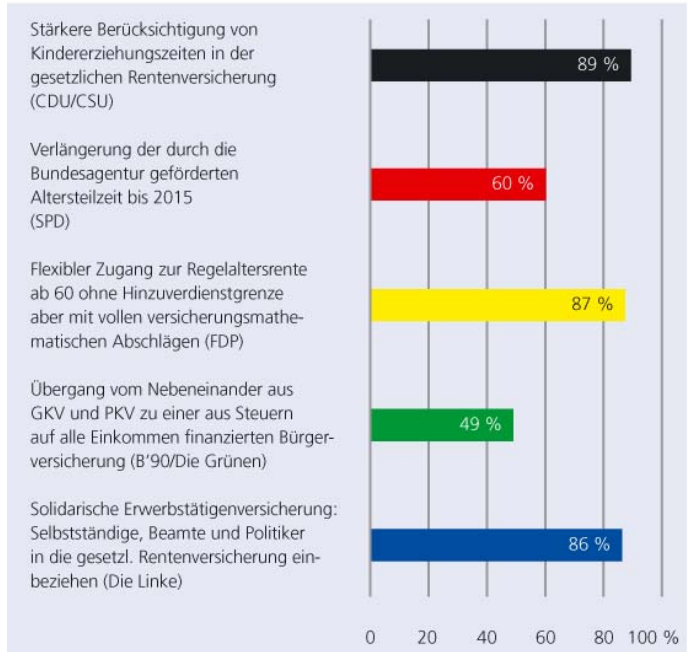


Sozialpolitik

Im Bereich Sozialpolitik stoßen fast alle zur Bewertung stehenden Forderungen auf große Zustimmung. Eine Ausnahme bildet die Kernforderung der Grünen im Bereich Sozialpolitik: Ihre Forderung nach einer Verschmelzung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung in einer solidarischen Bürgerversicherung wird von einer knappen Mehrheit der Befragten negativ bewertet.

Auffällig sind die hohen Zustimmungswerte für die Forderung der Linken nach einer Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung. Offenbar besteht auch bei den fast ausschließlich gesetzlich rentenversicherten angestellten Führungskräften ein ausgeprägtes Bedürfnis nach einer Gleichbehandlung aller Erwerbstätigen in der Frage der gesetzlich verpflichtenden Alterssicherung – zumindest in der »ersten Säule«.

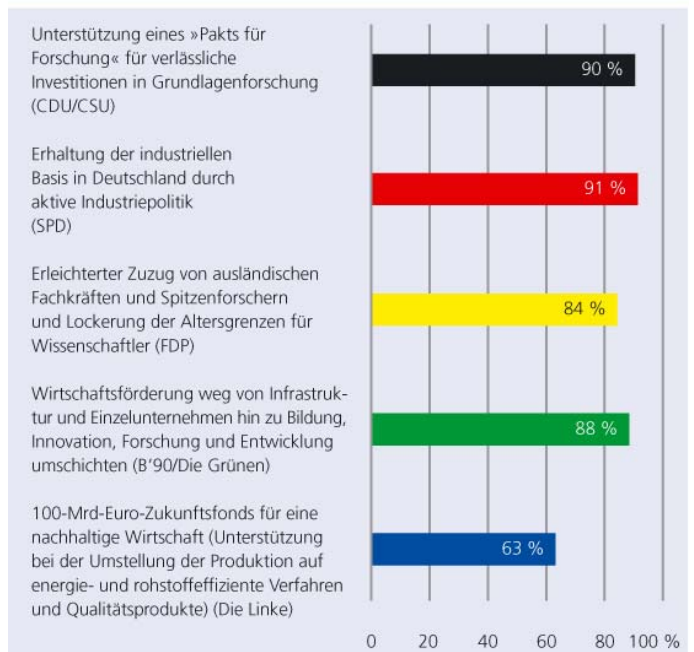
Zustimmung (vollständig, überwiegend eher) zu sozialpolitischen Forderungen



Wirtschaftspolitik

In der Wirtschafts- und Standortpolitik ist es allen Parteien gelungen, den Nerv der Führungskräfte zu treffen. Hier fällt nur die Zustimmung zur Forderung der Linken nach einem 100-Milliarden-Euro-Paket für eine nachhaltige Wirtschaft ein wenig zurück.

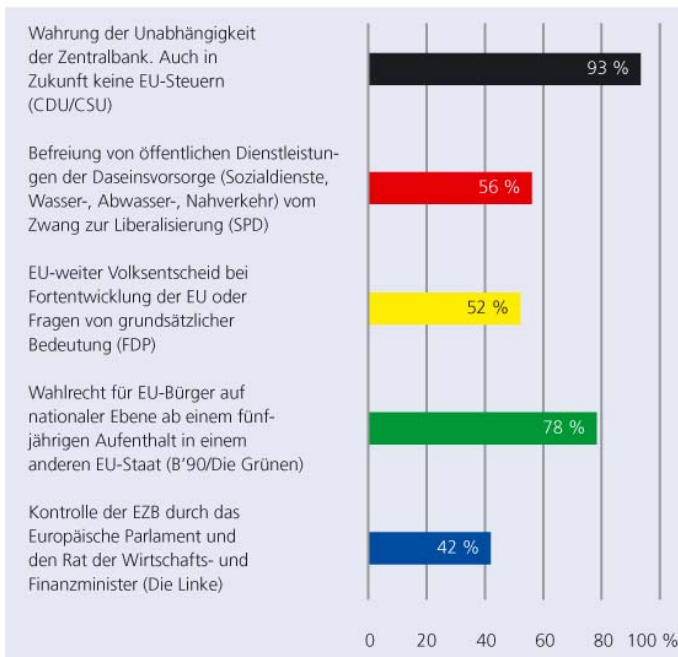
Zustimmung (vollständig, überwiegend eher) zu wirtschafts- und standortpolitischen Forderungen



Europapolitik

Die Befragten unterstützen fast einhellig das Konzept einer unabhängigen Europäischen Zentralbank: 93 Prozent Zustimmung für die dem entsprechende Forderung der CDU/CSU gegenüber 42 Prozent Zustimmung für die Forderung der Linken nach einer Kontrolle durch Parlament und den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister. Mehrheitlich positiv bewertet werden die Vorschläge von FDP und Bündnis 90/Die Grünen für eine Stärkung von Rechten der EU-Bürger. Den von der SPD geforderten zurückhaltenderen Kurs bei der Liberalisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge unterstützen immerhin 56 Prozent.

Zustimmung (vollständig, überwiegend eher) zu europapolitischen Forderungen



Sonntagsfrage

Bei der Frage »Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären«, ergibt sich ein Ergebnis, das in den Parteizentralen wahlweise für große Freude oder blankes Entsetzen sorgen dürfte. Verallgemeinerte man die Ergebnisse dieser »Sonntagsfrage«, gäbe es eine klare Machtperspektive nur für die Union – und zwar als Juniorpartner der FDP in einer gelbschwarzen Koalition. Denn die FDP schnellte von 23,3 auf 42,6 Prozent.

CDU/CSU verlieren im Vergleich mit den Wahlen vor vier Jahren dramatisch an Zustimmung und fallen von 44,3 auf nur noch 32,5 Prozent. Die SPD büßt über die Hälfte der Wähler ein, die sie 2005 unter den Führungskräften noch hatte. Mit 10,1 Prozent erreicht sie einen Wähleranteil, den sie sonst allenfalls aus Sachsen kennt. Dass sie damit ihr Wählerpotenzial bei den Führungskräften nicht einmal annähernd ausschöpft, zeigen die 21,5 Prozent aus dem 2005. Bei den Wahlen 2002 lag der SPD-Anteil sogar noch

bei fast 25 Prozent. Bündnis 90/Die Grünen liegen mit 10,8 gegen über 10,3 Prozent 2005 knapp, aber stabil im zweistelligen Bereich. Die Linke schafft es mit 2,4 Prozent zwar, ihren Stimmenanteil unter den Führungskräften zu steigern, bleibt aber immer noch weit unter der Fünf-Prozent-Marke.

Koalitionsüberlegungen

Die zwei Fragen nach der erwarteten und individuell bevorzugten Koalitionszusammensetzung führen zu einem eindeutigen Ergebnis. Eine schwarz-gelbe Koalition ist die mit großer Mehrheit (71 Prozent) erwartete und von einer etwas kleineren Mehrheit (63 Prozent) bevorzugte Konstellation. 24 Prozent halten eine Fortsetzung der großen Koalition für am wahrscheinlichsten. Gewünscht wird dies aber nur von zwölf Prozent. Für eine Jamaika-Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grünen können sich sieben, für eine Ampel-Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP neun Prozent erwärmen. Keine Unterstützung findet eine rot-rotgrüne Koalition.

Zusammenhänge

Meist besteht kein statistischer signifikanter Zusammenhang zwischen der Wahlabsicht und der Beurteilung einer bestimmten politischen Forderung. Signifikante Unterschiede – gab unter anderem in folgenden Einzelfällen:

- Zukunft des Kündigungsschutzes: Höhere Schwellenwerte für den Kündigungsschutz finden nur bei FDP-Anhängern Zustimmung und werden ansonsten abgelehnt.
- Mehr Mitsprache bei Umstrukturierungen und Abschaffung sachgrundloser Befristungen: Beide Forderungen werden von Anhängern von SPD, Grünen und Die Linke mehrheitlich befürwortet, von Anhängern von CDU/CSU und FDP hingegen abgelehnt – im Falle der Union allerdings nur knapp.
- Befreiung von öffentlichen Leistungen der Daseinsvorsorge vom Zwang zur Liberalisierung: Diese Forderungen werden nur von Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken mit besonderem Nachdruck unterstützt, ansonsten nur knapp mehrheitlich unterstützt (CDU/CSU, SPD) oder sogar mehrheitlich abgelehnt (FDP).

Eine vollständige Auswertung der Umfrage mit allen Grafiken wurde unter <http://www.ula.de> im Bereich Umfragen veröffentlicht. Unter <http://www.manager-monitor.de> sind außerdem berufliche aktive Mitglieder der Führungskräfteverbände (bis zum Alter von 65 Jahren) eingeladen, sich als neues Mitglied des Umfragepanels registrieren zu lassen.

Finanzkrise Von „erforderlicher Sachkunde“ und „fachlicher Eignung“

Höhere Anforderungen an Aufsichtsratsmitglieder in Banken und Versicherungen – Konsequenzen auch für die Mitbestimmung?

Im Zusammenhang mit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wird nicht nur in Deutschland immer wieder die Frage gestellt, ob die Aufsichtsgremien der in Schieflage geratenen Banken versagt haben und wie eine Wiederholung der Katastrophe verhindert werden kann. Die Regierungskoalition hat kurz vor der heißen Wahlkampfphase mit einem »Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht« versucht, eine Antwort darauf zu geben.

Irritationen

Der Entwurf dieses Gesetzes hatte im Frühjahr noch für Protest von Gewerkschaften und Arbeitgebern gesorgt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) befürchtete einen Angriff auf die Unternehmensmitbestimmung durch die aus seiner Sicht überhöhten Anforderungen an die fachliche Qualifikation von Aufsichtsratsmitgliedern.

Kompromiss

In den Ausschussberatungen haben die Regierungsfraktionen diese Gefahr entschärft. Nunmehr ist klargestellt, dass Mitglieder in Aufsichtsräten von Versicherungsunternehmen oder Pensionfonds die »erforderliche Sachkunde« zur Ausübung dieser Funktion haben müssen. Der Regierungsentwurf hatte hier noch den höheren Maßstab einer »fachlichen Eignung« angelegt. Verschärft wurde dies im Entwurf durch eine geplante gesetzliche Vermutungsregelung. Ihr zufolge wäre von einer fachlichen Eignung regelmäßig dann auszugehen gewesen, wenn die betreffende Person zuvor eine leitende Tätigkeit in einem Versicherungsunternehmen vergleichbarer Art und Größe ausgeübt hätte.

Wäre der Entwurf so Gesetz geworden, hätten zum Beispiel im Verwaltungsrat einer Firmenpensionskasse der Chemieindustrie nur noch ehemalige Versicherungsmanager ohne Weiteres einen Sitz auf der Arbeitnehmerbank einnehmen können. Unternehmensinterne Kandidaten hätten kaum das Kriterium der »fachlichen Eignung« erfüllt.

Nach neuem Recht hat die Finanzaufsicht die Besonderheiten der betrieblichen Altersversorgung (wie etwa die Wahl von Aufsichtspersonen durch Arbeitnehmer) angemessen zu berücksichtigen. Aber auch das Erfordernis einer ausreichenden Sachkunde sollte nicht auf die leichte Schulter genommen werden.

Abberufung möglich

So sieht die Reform weiterhin vor, dass die Bundesanstalt für Finanzaufsicht (BaFin) berechtigt ist, die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern zu verlangen, denen es an

der erforderlichen Sachkunde – oder an der erforderlichen »Zuverlässigkeit« fehlt.

Neben der Qualifikation von Aufsichtsratsmitgliedern setzt die Reform sowohl im Versicherungs- als auch im Kreditwesen Obergrenzen für die Zahl von Aufsichtsratsmandaten. Künftig dürfen nicht mehr als fünf Mandate ausgeübt werden, es sei denn, es handelt sich um Unternehmen der gleichen Versicherungs- bzw. Bankengruppe.

Standpunkt

Dass die Regierung die Finanz- und Wirtschaftskrise zum Anlass nimmt, die unternehmensinternen Kontrollprozesse unter die Lupe zu nehmen, ist richtig und konsequent. Es wäre jedoch verfehlt, in einer unzureichenden fachlichen Eignung der Aufsichtsratsmitglieder die maßgebliche Ursache für die derzeitige Situation zu suchen und auf diesem Wege einen Systemwechsel vom mitbestimmten Aufsichtsrat zu einem Aufsichtsrat zu forcieren, der nur noch aus Ex-Vorständen und Hochschulprofessoren besteht.

Der Kompromiss beweist Augenmaß. Für Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsvertreter in Aufsichtsräten wird die Reform ein weiterer Ansporn sein, ihre Aufsichtstätigkeit noch mehr zu professionalisieren, damit sie auch in Zukunft die geschäftlichen Prozesse – auch mit einem branchenfremden Hintergrund – hinreichend durchschauen und ihre Kontrollfunktionen zum Wohle des Unternehmens ausüben können.

□ CEC - European Managers

Immer aktuell informiert – auch über Entwicklungen innerhalb der EU

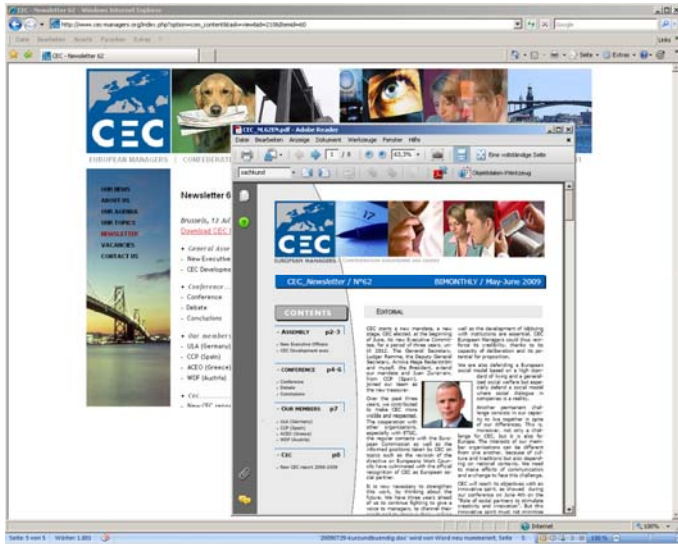
Newsletter des Europäischen Führungskräfteverbands

Der Europäische Führungskräfteverband CEC – European Managers vertritt seit seiner Gründung im Jahr 1951 die Interessen der Führungskräfte in Deutschland und anderer EU-Staaten gegenüber der Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament in Brüssel und Straßburg.

Als anerkannter Sozialpartner ist er frühzeitig in Konsultationsverfahren über geplante Verordnungs- und Richtlinienvorhaben einbezogen.

Mit dem zweimonatlich erscheinenden Newsletter bleiben Sie über aktuelle politische Entwicklungen sowie über Nachrichten aus den europäischen Schwesterverbänden auf dem Laufenden.

Die aktuelle Ausgabe können Sie (in englischer Sprache) unter <http://www.cec-managers.org/download/NL61EN.pdf> lesen:



Als Mitglied des *CEC Networks*, des Online-Netzwerks für europäische Führungskräfte, erhalten Sie den Newsletter automatisch zugeschickt.

Impressum

kurz und bündig ist ein Informationsdienst des Deutschen Führungskräfteverbands. Rund 20 Mal pro Jahr informieren wir Sie über aktuelle Entwicklungen aus den Bereichen des Arbeits-, Steuer-, Sozial und Europarechts sowie über weitere für angestellte Führungskräfte wichtige Themen. Der Deutsche Führungskräfteverband vertritt die politischen Interessen der angestellten Führungskräfte in Berlin und Brüssel.

Seine Mitgliedsverbände bieten den Führungskräften eine individuelle berufsbegleitende Beratung rund um den Arbeitsvertrag. Sie bieten Raum für einen Zusammenschluss von Führungskräften auf regionaler und betrieblicher Ebene und gewährleisten so eine wirkungsvolle berufliche Interessenvertretung. Sie liefern ihren Mitgliedern aktuelle Informationen durch Broschüren, Merkblätter oder Newsletter und ihre Verbandszeitschriften.

Seminare und Kooperationen mit Anbietern von für Führungskräfte besonders interessanten Dienstleistungen mit günstigen Sonderkonditionen für Mitglieder runden das Angebot der Verbände ab.

Die Verbände des ULA-Netzwerks im Überblick

www.vaa.de | www.die-fuehrungskraefte.de | www.vga-koeln.de | www.vdl.de | www.kdf-online.org | www.vbu-ev.de | Deutsche Post World Net Management Association | www.bvhd.de

Herausgeber *Deutscher Führungskräfteverband (ULA)*
Kaiserdamm 31 | 14057 Berlin
Telefon 030.30 69 63-0 | Fax 030.30 69 63-13
E-Mail info@ula.de | www.ula.de

Redaktion *Andreas Zimmermann*
Verantwortlich *Kay Uwe Berg*
Gestaltungskonzept *Nolte | Kommunikation*